

Türkischer Innenminister droht mit Entsendung Zehntausender Flüchtlinge in die EU

[Veröffentlicht am 17.03.2017 von EpochTimes](#)

Im Streit mit Deutschland und den Niederlanden hat der türkische Innenminister Süleyman Söylü gedroht, tausende Flüchtlinge in die EU zu schicken.

❖ *„Wenn ihr wollt, schicken wir euch die 15.000 Flüchtlinge, die wir jeden Monat zurückhalten“*,

sagte Söylü am Donnerstagabend laut der amtlichen *Nachrichtenagentur Anadolu*. Zuvor hatte bereits Außenminister *Mevlüt Cavusoglu* gedroht, die Rücknahmevereinbarung mit der EU aufzukündigen.



Flüchtlingskrise Foto: Filip Singer/Archiv/dpa

Ankara und Brüssel hatten vor einem Jahr einen Flüchtlingspakt geschlossen,

der vorsieht, dass die Türkei alle Flüchtlinge zurücknimmt, die auf die griechischen Ägäis-Inseln kommen. Im Gegenzug versprach die EU Unterstützung bei der Versorgung der knapp drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei sowie die Aufnahme eines syrischen Flüchtlings für jeden Syrer, der im Rahmen der Vereinbarung in die Türkei zurückgeschickt wird.

Außerdem sagten die EU-Staaten Visafreiheit für die Türkei und die Beschleunigung der EU-Beitrittsverhandlungen zu. Wegen des massiven Vorgehens der türkischen Regierung gegen ihre Gegner nach dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli wurden die Beitrittsgespräche aber auf Eis gelegt. Die Gewährung der Visafreiheit macht die EU von der Änderung der türkischen Anti-Terror-Gesetze abhängig.

Söylü warf Europa vor, *„Spiele“* gegen die Türkei zu spielen. *„Ihr könnt keine Spiele in dieser Region unter Umgehung der Türkei spielen“*, sagte der Minister, der als Vertrauter von *Präsident Recep Tayyip Erdogan* gilt. Er beschuldigte Deutschland und die Niederlande zudem, hinter den Gezi-Protesten im Juni 2013, den Korruptionsermittlungen im Dezember 2013 und dem Umsturzversuch von Juli 2016 zu stecken.

Die Türkei liegt im Streit mit Deutschland und den Niederlanden. Weil in beiden Staaten Wahlkampfauftritte türkischer Minister abgesagt wurden, die vor ihren türkischen Landsleuten in Europa für die umstrittene Einführung des Präsidentsystems bei dem Verfassungsreferendum am 16. April werben wollten, warf Erdogan ihnen *„Nazi-Methoden“* vor und beschimpfte sie als *„Faschisten“*. (afp)